



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Jürgen Baumgärtner, Alexander König, Thomas Huber, Jochen Kohler, Hans Ritt, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Klaus Stöttner, Martin Wagle CSU

Qualität der Bahnanbindung entlang der ABS 38 weiterhin sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass entlang der Ausbaustrecke München-Mühldorf-Freilassing (ABS 38) auch zukünftig dauerhaft an allen aktuell bestehenden Haltepunkten des Schienenverkehrs mindestens der Anschlusstakt des aktuellen Fahrplans erhalten bleibt und keine Taktausdünnung erfolgt.

Die Staatsregierung wird außerdem aufgefordert, sich weiterhin gegenüber der Deutschen Bahn (DB) dafür einzusetzen, dass bei den weiteren Umsetzungsschritten der ABS 38 die berechtigten Interessen der Betroffenen angemessen berücksichtigt und diese frühzeitig und transparent in das Verfahren eingebunden werden.

Begründung:

Aufgrund von Medienberichten und Aussagen der DB besteht in zahlreichen Orten entlang der ABS 38 eine erhebliche Verunsicherung der örtlich Betroffenen über die Art und Qualität der zukünftig dort angebotenen Schienenanbindung bzw. über die Auswirkungen einer Inbetriebnahme der ABS 38. Falls es zukünftig zu einer eingeschränkten oder ganz entfallenden Bedienung von bisherigen Haltepunkten des Schienenfernverkehrs der DB entlang der ABS 38 kommen sollte, so soll der Freistaat über die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) sicherstellen, dass ersatzweise mindestens der bisherige Anbindungstakt über zusätzliches Regionalverkehrsangebot aufrechterhalten wird.

Wichtig ist, dass die Betroffenen des Ausbaus der Schieneninfrastruktur auch selbst möglichst umfangreich von diesem profitieren können und diese frühzeitig sowie transparent in die Planungen einbezogen werden. In diesem Zusammenhang sind auch die berechtigten Interessen der Betroffenen angemessen in den weiteren Verfahrensschritten zu berücksichtigen.